Adressat*innen: SPD-Bundestagsfraktion

Für das Anliegen des Klimastreiks am 20.09.2019 und Forderungen zum Klimaschutz

- 1. Die Münchner SPD unterstützt ausdrücklich das Anliegen des Klimastreiks am 20. September 2019. Wir danken der Bewegung "Fridays for future" für ihr Engagement und ihren Ansporn für eine ambitionierte Klimapolitik.
- 2. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, eigene Gesetzentwürfe mit Maßnahmenpaketen zum Klimaschutz vorzulegen.
- 3. Wir unterstützen unsere Bundesumweltministerin Svenja Schulze in dem Bestreben, die unionsgeführten Bundesministerien dazu zu zwingen, endlich konkrete Maßnahmenpakete zur Emissionsminderung in den Sektoren Stromerzeugung, Heizen, Verkehr und Landwirtschaft vorzulegen.
- 4. Wir fordern die Bundesregierung auf, klare Restmengenvorgaben zu machen für den Ausstoß von CO2 durch die Kohlekraftwerke. Für die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen ist dies wesentlich bedeutender als der von der sog. "Kohlekommission" vorgeschlagene Abschalttermin für das letzte Kohlekraftwerk.
- 5. Wir unterstützen die Forderung nach einer CO2-Bepreisung als einem wesentlichen Instrument für die CO2-Einsparung. Die SPD muss dabei für den sozialen Ausgleich sorgen.
- 6. Wir begrüßen den Beschluss des bayerischen Landesvorstands, schnell klären zu wollen, ob die Bundesregierung die große Aufgabe Klimaschutz endlich konsequent und mit überprüfbaren Maßnahmen und entsprechenden Sanktionen angeht oder sich der Verantwortung weiter entzieht. Für Letzteres steht die SPD nicht zur Verfügung.

Begründung:

Vor allem das Torpedieren des Klimaschutzes durch die CSU-Minister Seehofer und Scheuer muss bloßgestellt werden. Weiteres Verzögern beim Klimaschutz ist willentlicher und wissentlicher Boykott und würde den heute Jungen und den künftigen Generationen ihre Lebensgrundlage rauben. Das wissenschaftlich fundierte, nationale CO2-Budget bedingt einen herausfordernden Reduktionspfad. Er ist aber zu schaffen, wenn endlich gehandelt wird. Weiteres Verschleppen effektiver Klimaschutzmaßnahmen erschwert dagegen das Erreichen der Klimaziele ungemein, weil dadurch der Zeitraum, der zur Umstellung auf Nettonullemissionen bleibt, weiter schrumpft - mit hochgefährlichen Folgen.

Auch für die SPD gilt: Zaudern bestraft das Klima. Je eher und entschiedener der Strukturwandel eingeleitet wird, desto besser lassen sich abrupte gesellschaftliche und wirtschaftliche Brüche vermeiden. Wir haben schon viel Zeit verloren. Die SPD hat in der Vergangenheit zum Beispiel mit der Kampagne "Blauer Himmel über der Ruhr" und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bahnbrechende Erfolge in der Energie- und Klimapolitik erzielt. Das EEG ermöglichte weltweit den Durchbruch der erneuerbaren Energien. An diese Erfolge gilt es energisch anzuknüpfen. Der Gesetzentwurf von Svenja Schulze für ein Klimaschutzgesetz ist ein wichtiger erster Schritt.

28.06.2019 Parteitag der Münchner SPD Beschlüsse

Adressat*innen: SPD-Stadtratsfraktion

Kommunales Stipendiumprogramm Stadtentwicklung und Mobilität

Die Stadt München legt ein Stipendienprogramm zur Unterstützung von StudentInnen und DoktorandInnen an den Universitäten und Fachhochschulen im Großraum München auf, und prämiert damit junge Menschen, die sich in ihrer Abschlussarbeit mit Stadtentwicklungskonzepten und Mobilität im Großraum München beschäftigen.

Begründung:

Bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolregion München handelt es sich um ein zukunftsweisendes Projekt, bei dem Innovation und Forschung auf dem Gebiet der sozialen und ökologisch sinnvollen Stadt- und Raumentwicklung sowie Fragen der Mobilität grundlegend ist.

So werden innovative Ideen und damit befasste junge Wissenschaftler unterstützt und das vor Ort vorhandene und damit ortskundige geistige Kapital genutzt. Ein kommunales Stipendiumprogramm (ca. € 200.-) ist ein motivierendes Zeichen für junge Studierende, die in München leben und arbeiten.

X Angenommen

28.06.2019 Parteitag der Münchner SPD Beschlüsse

Adressat*innen: Landesparteitag der BayernSPD, Landtagsfraktion der BayernSPD

Kommunalwahlrecht

Das Kommunalwahlrecht wird allen Personen ab 16 Jahren gewährt, die in München ihren gemeldeten Hauptwohnsitz haben.

Begründung:

Wer hier lebt, sich an der Gesellschaft beteiligt, sollte auch an der Gestaltung des eigenen Lebensraums Stadt teilhaben. Wir leisten mit dieser Maßnahme einen Beitrag zu Identifikation und Integration.

X Angenommen

28.06.2019 Parteitag der Münchner SPD Beschlüsse

Satzungsänderung: BA-Aufstellungen / Nichtmitglieder

§ 20 Abs. 2 Ergänzung am Ende:

"Die Aufstellung von Nichtmitgliedern ist imEinvernehmenmit den zuständigen Ortsvereinsvorständen und demUnterbezirksvorstand zulässig."

X Angenommen